

Die neue Bundesregierung muss liefern!

MAGAZIN

März 2025 • 75. Jahrgang



> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Gott sei Dank, so höre ich allenthalben, ist dieser überaus nervige Bundestagswahlkampf nun endlich vorbei. Deutschland hat gewählt und nun gilt es für die Parteien, sich mithilfe von Analysten einerseits und Parteigremien andererseits über die Folgen des Bürgerentscheids zu verständigen. Das Ergebnis mag vielleicht teilweise erschrecken, erwartbar war so manches davon dennoch. Was wir als Gewerkschaft Bundesbeschäftigte in der derzeitigen innen- und geopolitischen Lage brauchen, ist jetzt eine stabile Regierung und mehr Gemeinsamkeit der Parteien bei der konkreten Lösung der drängenden Probleme in Deutschland. Jetzt müssen den im Wahlkampf allzu oft titulierten besonderen und kritischen Lagebildern auch Taten durch eine neue Bundesregierung folgen.

Die wirtschaftliche Gesamtsituation, infolge derer Deutschland das dritte Jahr in Folge in einer Rezession steckt, die Migrations- und sicherheitspolitische Lage, aber auch der Abbau von Bürokratie und die stellenbezogene Abschmelzung der Ministerial- und Bundesverwaltung waren die innenpolitischen Themen des Wahlkampfes.

Der vbob hat im Vorfeld der Bundestagswahl den Parteien seine Positionen vermittelt. Dazu gehört unter anderem, dass man mit pauschalen Einsparauflagen keine Prioritäten setzt, sondern lediglich auf populistische Art und Weise von eigenen politischen Fehlern und Fehlentwicklungen ablenkt. Wir sind gespannt, ob und wie nun durch eine neue Bundesregierung die angekündigte Um- und Neuorganisation erfolgen wird und was das für betroffene Kolleginnen und Kollegen konkret bedeutet.

Als Gewerkschaft Bundesbeschäftigte werden wir die Maßnahmen kritisch begleiten und gemeinsam mit unseren Personalrätinnen und Personalräten an den Folgen für die Beschäftigten arbeiten. Im Februar, noch vor der Wahl, haben wir ein entsprechendes Positionspapier mit Forderungen an eine neue Bundesregierung veröffentlicht. Diese Forderungen bilden für uns die Leitlinien für die bevorstehenden Gespräche mit der neuen Bun-

desregierung. Lesen Sie zu den Positionen auch den Leitartikel dieser Ausgabe.

Bei den laufenden Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen zeichnet sich bereits ab, dass die Arbeitgeber kein ernsthaftes Interesse an Verhandlungen, geschweige denn an einer Einigung haben. Das begann schon damit, dass die Arbeitgeber zur ersten Verhandlungsrunde in Potsdam erneut kein Angebot mitgebracht haben, obwohl seit Oktober die Forderungen der Gewerkschaften vorliegen. Bei der zweiten Runde in Potsdam wiederholten die Arbeitgeber diese Blockadehaltung. Es grenzt schon an Hohn, dass die Verhandlungsführerin des Bundes im Anschluss an die zuvor gezeigte Blockadehaltung ihren Optimismus zur Erreichung eines Abschlusses in einer dritten Verhandlungsrunde vor den Kameras der Nachrichtensender formulierte.

Dieses Verhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das Gegenteil von Wertschätzung für die Beschäftigten des Bundes! In der Folge hat auch der vbob seine Mitglieder aufgerufen, sich an Demonstrationen, Veranstaltungen und Aktionen im gesamten Bundesgebiet aktiv zu beteiligen. Wer seine Interessen durchsetzen möchte, der muss sich auch aktiv beteiligen. Das gilt nicht nur mit Blick auf die Bundestagswahl; das gilt auch für die Durchsetzung von Solidarinteressen wie Tarifforderungen in einer Gewerkschaft.

Und hier liegt ein Problem, das ich auch von dieser Stelle ansprechen muss. Auch bei den in dieser Tarifrunde durchgeführten Aktionen zeigte sich, dass die Bereitschaft zur aktiven Unterstützung der Durchsetzung eigener Gehaltsforderungen bei den meisten Mitgliedern offensichtlich nicht vorhanden ist. Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen Mitgliedern, die ohne Diskussion der Rahmenbedingungen wie Wetter, Tag, Uhrzeit, Ort, Dienstgeschäft und welche Gründe auch ansonsten entscheidenden Einfluss auf das Nichterscheinen hatten, sich für die Verbesserung nicht nur der eigenen, sondern der Vergütung aller Beschäftigten in der Bundesverwaltung eingesetzt haben. Sie haben sich mit vbob Fahne, Trillerpfeife, Weste, Schal und so weiter gezeigt und damit deutlich gemacht – mit uns im vbob nicht.

Wäre die Bereitschaft bei allen Mitgliedern gleich stark ausgeprägt – wir hätten mit Tausenden vbobern demonstrieren können. Das ist schade, das hat Wirkung gekostet, das wird sich in einem Tarifiergebnis schlussendlich auch niederschlagen. Im Ergebnis darf es uns als Mitglied in einer Gewerkschaft Bundesbeschäftigte nicht gleichgültig lassen, wie mit uns und unseren Beschäftigungsbedingungen auch bei Tarifverhandlungen umgegangen wird. Solidarität ist ein wichtiges Merkmal unserer Gemeinschaft. Die Zukunft des vbob liegt in unser aller Händen, sprechen auch Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen an und fragen Sie, ob Interesse an einer Mitgliedschaft und Mitarbeit in unserer Solidargemeinschaft besteht. Nähe ist unsere Stärke!

Mit besten Grüßen
Ihr

Frank Gehlen
Bundesvorsitzender

> Inhalt

- > Forderungen an die neue Bundesregierung:
„Wer Bürokratieabbau mit Stellenabbau übersetzt,
hat Verwaltung nicht verstanden“ 4
- > Tarifrunde 2025:
Ab jetzt zählt die Unterstützung jedes Einzelnen 7
- > Frauenthemen im Fokus: „Für ALLE Frauen und Mädchen:
Rechte. Gleichheit. Ermächtigung.“ 9
- > Kommentierte Pressestimmen 10
- > Neujahrsempfang:
„Das Bashing gegen Bundesbehörden macht mir Sorgen“ 12
- > Nachruf: Manfred Stückrath, Ministerialrat a.D. 12

> dbb

- > Einkommensrunde Bund und Kommunen: Kundgebung als
Zeichen der Solidarität mit den Betroffenen des Anschlags
von München 13
- > Sozialversicherung: Selbstverwaltung braucht mehr
Kompetenzen und Verfassungsrang 16
- > Parlament der Deutschen Rentenversicherung:
Ehrenamtlich für sozialen Frieden 19
- > Drei Fragen an dbb Vize Maik Wagner:
Bürgernähe für die Selbstverwaltung 21
- > Versichertenberater: „Ich hab’ kein Helfersyndrom“ 24
- > Interview – Andrea Nahles, Vorsitzende des Vorstandes
der Bundesagentur für Arbeit: Wir gestalten den
Strukturwandel aktiv mit 26
- > IT-Industrie: In den Krallen der amerikanischen Tech-Tiger 30
- > Mitbestimmung – Gewerkschaftsarbeit im Betrieb:
Digitales Zugangsrecht auf dem Prüfstand 32
- > Gesundheit – Bundes-Klinik-Atlas: Wer die Wahl hat,
muss sich informieren 34
- > Nachrichten – Bürokratieabbau:
Hemsing fordert klare Strukturen und ehrliche Aufgabenkritik 42
- > Bildung – Bildungspolitische Gespräche:
Beschäftigte garantieren Leistungsfähigkeit 46

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, Drei-zehn-morgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. **Hauptstadtbüro Berlin:** Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzender:** Frank Gehlen. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Titelfoto:** © Roberto Pfeil.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. **Inlandsbezugspreis:** Jahresabonnement 52,50 Euro zzgl. 9,30 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; **Mindestlaufzeit** 1 Jahr. Einzelheft 6,00 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. **Abonnementkündigungen** müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32, **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigen-disposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 66** (dbb magazin) und **Preisliste 45** (vbob Magazin), gültig ab 1.1.2025. **Druckauflage dbb magazin:** 550 662 (IVW 4/2024). **Anzei-gen-schluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

ISSN 1437-997X

Forderungen an die neue Bundesregierung „Wer Bürokratieabbau mit Stellenabbau übersetzt, hat Verwaltung nicht verstanden“

Ein handlungsfähiger Staat ist eine wichtige Säule unserer Gesellschaft und ein wesentlicher Baustein für die Attraktivität Deutschlands als Wirtschaftsstandort. Die Beschäftigten des Staates stehen für Verlässlichkeit, Stabilität, Leistungsbereitschaft und vertrauenswürdiges Arbeiten.

Der vbob hat sich daher als die Interessenvertretung der Bundesbeschäftigten gegen die populistischen Vorhaben der konkurrierenden Parteien gestellt. „Wer Bürokratieabbau mit Stellenabbau übersetzt, hat Verwaltung und deren Aufgaben nicht verstanden“, so Bundesvorsitzender Frank Gehlen.

> Tarifverhandlungen – Totalverweigerung der Arbeitgeberseite

Am Muster der durch die Arbeitgeber in der ersten und zweiten Runde ohne Angebot blockierten Tarifverhandlungen lässt sich zudem absehen, wie ernst gemeint die oft vor-

© Andreas Gruhl/stock.adobe.com



Politikerinnen und Politiker nahezu aller Parteien haben sich im Wahlkampf überboten mit Einsparfantasien statt mit der Frage von wettbewerbsfähigen Beschäftigungsbedingungen in der Bundesverwaltung. Eine Umsetzung dieser Einsparideen wird absehbar für die Beschäftigten der Bundesverwaltung zu weiterer Überlastung führen.

getragene Fürsorge und Wertschätzung in Wahrheit sind. Insbesondere der Hinweis der für den Bund verhandelnden Bundesinnenministerin vor den Kameras im Anschluss an die Totalverweigerung der Arbeitgeberseite in der zweiten Runde war bezeichnend. Sinn-gemäß sei sie guter Hoffnung auf eine Einigung in der dritten Verhandlungsrunde, was



nichts anderes heißt als: „Mal sehen, ob und wie viel Druck ihr auf die Straße bringt“, und auch: „Vorher hatten wir auch nicht die Absicht, ein Angebot zu formulieren.“

Wir fordern eine neue Bundesregierung daher auf,

› sich unverzüglich mit einer Reform der amtsangemessenen, leistungsgerechten Alimentation zu befassen, die den Namen verdient: Bereits seit nunmehr fünf Jahren sind sich die Bundesregierungen nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes im Klaren darüber, dass die Besoldung verfassungswidrig ist. Ein Entwurf der Ampelregierung, der aufgrund deren Scheiterns nicht mehr in den Bundestag eingebracht wurde, hat belegt, dass es keine ernsthaften Reformbemühungen gibt, sondern lediglich das zwingend vorgegebene Mindestmaß erfüllt werden soll. Eine neue Bundesregierung muss den An-

spruch haben, Beschäftigung in der Bundesverwaltung attraktiv zu gestalten. Dass muss neben der Rechtsprechung Motivation für eine echte Reform des Besoldungsrechtes sein.

› das Dienstrecht zu reformieren und in die Zeit zu stellen: Auch im Bereich des Dienstrechtes zeigt sich immer stärker der Reformstau. So sind es die Alimentation und das Besoldungsrecht, die Regelungen zum Zugang und das Beamtenrecht, die Aufstellung des Beihilfesystems im Beihilferecht, das Reisekostenrecht, das Versorgungsrecht. Es gibt keinen Bereich des Dienstrechtes, der nicht angepackt werden müsste. Die Ampel hat mit dem Disziplinarrecht und der darin geregelten Entfernung aus dem Dienst ohne vorgeschaltetes gerichtliches Verfahren ein schlechtes Beispiel für eine Reform des Dienstrechtes geliefert.

› sich ernsthaft mit der Durchlässigkeit des Laufbahnsystems zu beschäftigen und die

Anerkennung von Bildungsabschlüssen zu erleichtern: Seit vielen Legislaturperioden weisen wir unterschiedliche Bundesregierungen auf das Erfordernis der Ermöglichung von leistungsbezogener Durchlässigkeit im Laufbahnsystem hin. Das ist nicht nur eine Grundforderung unserer Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, sondern das wird neben der beschäftigungsfreundlichen Gestaltung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein zwingend notwendiges Element bei der wettbewerblichen Personalakquise. Kein anderer Arbeitgeber schließt Karriere mit Bezug auf den erworbenen Schulabschluss aus. Diesen „Luxus“ kann sich auch die Bundesverwaltung nicht mehr leisten.

› Ausbildung in der Bundesverwaltung dauerhaft zu ermöglichen und damit eigene Nachwuchssicherung zu betreiben: Wie kann man ernsthaft über die Bewältigung des Fachkräftemangels und die

Deckung des Nachwuchsbedarfes sprechen, ohne die Zusage einer unbefristeten Übernahme nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung in der Bundesverwaltung zu geben? Dass das von den Arbeitgebern auch im Rahmen der Tarifverhandlungen kategorisch abgelehnt wird, zeigt deren Fehleinschätzung deutlich. Sollte der Bedarf an den Absolventinnen und Absolventen nicht gegeben sein, so muss über die Reform der Ausbildung gesprochen werden. Zudem braucht es eine klare Priorisierung des Aufbaus und der ressourcenbezogenen Sicherung unserer Ausbildung auf Bundesebene, insbesondere auch bei der Hochschule des Bundes.

› das Lohnabstandsgebot zur Grundsicherung einzuhalten und die vorhandenen tarifvertraglichen Möglichkeiten für Eingruppierung und Höhergruppierung von Tarifbeschäftigten zu nutzen: Der häufig erteilte Verweis auf die Tarifparteien, die sol-

che Abstände durch tarifvertragliche Regelungen sicherstellen müssten, geht fehl. Bereits heute und mit dem bestehenden Tarifrecht hätte die Bundesregierung hinreichend Möglichkeiten, Tarifbeschäftigte anders oder höher einzugruppieren. Wer von Beschäftigten Flexibilität einfordert, muss sich im Gegenzug an der Anwendung des flexiblen Tarifrechtes messen lassen.

Dass es in der Bundesverwaltung Kolleginnen und Kollegen gibt, deren Eingruppierung hinsichtlich des Abstandsgebotes zur Grundversicherung als nicht ausreichend bewertet werden muss, dafür müssen sich die Arbeitgebenden schämen, wir wollen das grundlegend ändern.

- › Vorschläge zur Arbeitszeitflexibilisierung und für eine dauerhafte Rückführung der Wochenarbeitszeit vorzulegen und damit das bald 20-jährige Versprechen zeitnah einzulösen: Es kommt leider immer wieder vor, dass Mitglieder der Bundesregierung oder des Bundestages entgegen, dass eine Rückführung der Wochenarbeitszeit nicht in die Zeit passe. Es ist und bleibt ein großer Vertrauensbruch der Bundesregierung, die seit

20 Jahren ihre Zusage nicht einhält, die einseitig verfügte Erhöhung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich zurückzuführen. Das Festhalten am Wortbruch wird sich für die Bundesverwaltung rächen. Wir werden, egal ob – wie politisch in Rede stehend – zentral oder – sinnvollerweise – weiter dezentral, ein Personalgewinnungsproblem verstärken, denn die Beschäftigten wie auch der Nachwuchs messen die Arbeitszeitbedingungen auch bei anderen Arbeitgebern. Wenn die gewünschte Flexibilität nicht angeboten wird, wird der Bund das Nachsehen haben. Das verschärft für die Kolleginnen und Kollegen im Bestand die Arbeitsbelastung zusätzlich und das lehnen wir ab.

- › Beihilfe und Versorgung zu erhalten und zukunftsfähig zu gestalten (siehe oben).
- › eine nachhaltige Verwaltung mit klimaneutraler Mobilität durch Jobticket, Fahrradleasing und E-Ladestationen zu ermöglichen.
- › die Digitalisierung mit den Beschäftigten und für die Beschäftigten voranzubringen: Liest man sich die kursierenden Expertinnen- und Expertenpapiere durch, so erkennt man ohne großen Aufwand, dass diese praxisfern sind.

Um den größtmöglichen Nutzen für Bürgerinnen und Bürger einerseits, für die exekutive Verwaltung und deren Beschäftigte andererseits zu generieren, braucht es nicht nur Expertenworkshops, sondern die Einbeziehung von Praktikerinnen und Praktikern.

Die Diskussion um die Errichtung und Gestaltung eines Digitalministeriums lässt dabei nichts Gutes erahnen. Funktionierendes und die Arbeit Erleichterndes zur Nachnutzung freizugeben wäre eine Möglichkeit, erprobte digitale Arbeitsunterstützung oder auch Massenverfahren schneller und zum Nutzen der Beschäftigten „in die Fläche“ zu bringen. Das „Prinzip des Rezepttausches zwischen Nachbarn“ könnte im übertragenen Sinne eine echte Alternative zum Verfassen umfangreicher Kochbücher durch sachfremde Experten sein.

Die Beschäftigten des Bundes möchten durch gute Arbeit und Dienstleistung weiterhin das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat erhalten und stärken. Sie wollen die Vorbildfunktion der öffentlichen Verwaltung auch und gerade in ihrer Vielfalt gerne umsetzen. Damit dies künftig noch besser gelingt, sollten die

Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen in den Personalaräten und Gewerkschaften beteiligt und damit Reformen, die nachvollziehbar sind, eingeleitet und gestaltet werden.

Der Prüfmaßstab bei der Gestaltung und Umsetzung von Reformen muss die Möglichkeit der Mitbestimmung durch die Bundesbeschäftigten sein.

„Eine Abschwächung oder gar Abschaffung von Mitbestimmungsrechten der Personalaräte durch die kalte Küche ist mit uns nicht zu machen“, so Bundesvorsitzender Gehlen. Vielmehr braucht es eine Modernisierung und Stärkung der Beschäftigtenrechte. Die Zeiten, in denen Behördenleitungen ohne die Beschäftigtenvertretungen schalten und walten konnten, gehören aus guten Gründen der Vergangenheit an.

Eine neue Bundesregierung wird nur mit den Beschäftigten der Bundesverwaltung erfolgreich sein. Wir als vbob erwarten von der Bundesregierung Innovation und Weiterentwicklung in Partnerschaft! Zu den notwendigen Gesprächen stehen wir jederzeit bereit.

Mehr auch auf der Homepage unter Positionen des vbob. *fg*



© peterschreiber.media/stock.adobe.com

Tarifrunde 2025

Ab jetzt zählt die Unterstützung jedes Einzelnen

Die Tarifrunde zwischen Bund, der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber einerseits und den Gewerkschaften andererseits hat am 9. Oktober 2024 mit der Bekanntgabe der gewerkschaftlichen Forderungen begonnen. Dem vorausgegangen waren mehrere Regionalkonferenzen, an denen sich auch Kolleginnen und Kollegen der vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte beteiligten.

Am 24. Januar 2025 fand in Potsdam die erste Runde der Tarifverhandlungen in der diesjährigen Einkommensrunde mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) statt. Begleitet wurde die Versammlung von einer lautstarken Gruppe aus allen Mitglieds-gewerkschaften des dbb. Natürlich waren auch einige Kolleginnen und Kollegen der vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte vertreten und begrüßten die Bundesinnenministerin Nancy Faeser und die Verhand-

lungsführerin der VKA, Karin Welge, mit einem lautstarken Pfeif- und Hupkonzert. Unsere Forderungen wurden ebenso lautstark unterstrichen. In der anschließenden Verhandlungsrunde wurden die Forderungen und Erwartungen der Beschäftigten dargestellt und im Detail begründet.

1. Entgelt

- Entgelterhöhung im Volumen von 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro monatlich (Laufzeit zwölf Monate).

Das Volumen kann auch zum besseren finanziellen Ausgleich von besonderen Belastungen genutzt werden. Hierzu sind Zulagen und Zuschläge wie folgt zu erhöhen:

- Erhöhung der ständigen Wechselschichtzulage auf 303,37 Euro monatlich, der ständigen Schichtzulage auf 197,15 Euro monatlich sowie entsprechende Anpassung des Stundensatzes bei unständiger Wechselschicht- beziehungsweise Schichtarbeit; Dynamisierung der Zulagen

2. Auszubildende, dual Studierende, Praktikantinnen und Praktikanten

- Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden, dual Studierenden, Praktikantinnen/ Praktikanten um 200 Euro monatlich (Laufzeit zwölf Monate)
- Unbefristete Übernahme der Auszubildenden und Studierenden nach erfolgreichem Abschluss in Vollzeit im erlernten Beruf

3. Arbeitszeit

- zusätzlich drei freie Tage (§ 26 TVöD) zum Ausgleich der hohen Verdichtung der Arbeit sowie einen zusätzlichen freien Tag für Gewerkschaftsmitglieder
- Berechnung des Durchschnitts der regelmäßigen



➤ die vbob Delegation zur ersten Tarifrunde

wöchentlichen Arbeitszeit unter Zugrundelegung eines Zeitraums von längstens einem Monat

- > Überstundenzuschläge für Teilzeitbeschäftigte bereits bei Überschreitung der individuell vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit
- > Neuregelung der Altersteilzeit unter Einbeziehung einer Vorrangregelung für besonders belastete Beschäftigte für den vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand
- > Einrichtung eines „Mehr-Zeit-für-mich-Kontos“, über das die Beschäftigten (ohne Nachwuchskräfte) eigenständig verfügen (Zeitsouveränität)



© Seipt

■ „Mehr-Zeit-für-mich-Konto“

Beschäftigte entscheiden am Ende des Ausgleichszeitraums, ob die zusätzliche Arbeitszeit einschließlich der Überstundenzuschläge ausgezahlt oder auf das „Mehr-Zeit-für-mich-Konto“ gebucht wird.

Auf das „Mehr-Zeit-für-mich-Konto“ können auf Wunsch der/des Beschäftigten insbesondere folgende Bestandteile gebucht werden:

- > Entgelterhöhungen
- > zusätzliche freie Tage
- > Überstunden
- > Zeitzuschläge
- > Teile der Jahressonderzahlung

Das „Mehr-Zeit-für-mich-Konto“ kann von den Beschäftigten insbesondere für eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit, zusätzliche freie Tage oder längere Freistellungsphasen genutzt werden.

Außerdem erwarten wir:

- > manteltarifliche Änderungen, auch für Auszubildende, dual Studierende, Praktikantinnen und Praktikanten
- > Teilzeitbeschäftigte: Vereinbarung eines individuellen Rechts auf Erhöhung der Arbeitszeit bis zur Vollzeitarbeit
- > Angleichung der Arbeitsbedingungen Ost an West

- > Umgehende Umsetzung der Verhandlungsverpflichtung aus der Einkommensrunde 2020, wonach die Studienbedingungen von Studierenden in praxisintegrierten dualen Studiengängen für den Bereich des Bundes tarifiert werden sollen
- > Auszubildende und Nachwuchskräfte, die nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden, sind der Stufe 2 zugeordnet
- > Anhebung des Verpflegungszuschusses bei auswärtigen Bildungsmaßnahmen auf 28 Euro

■ Solidarität auf die Straße bringen

Diesen umfangreichen Forderungskatalog gilt es nun nach Möglichkeit umzusetzen. Dafür ist aber eine starke Mobilisierung aller vbb Mitglieder, unabhängig ob Beamte, Arbeitnehmer, Pensionäre oder Rentner, erforderlich. Denn letztlich profitieren alle von guten Ergebnissen. Die zweite Verhandlungsrunde in Potsdam am 17. und 18. Februar 2025 begann aufgrund des Terroranschlags auf eine Kundgebung von ver.di in München mit einer gemeinsamen Solidaritätsveranstaltung von Arbeitgebern und den beiden Gewerkschaften.

Alle Redner, darunter der Verhandlungsführer und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer, verurteilten den feigen Anschlag auf Kolleginnen und Kollegen, die sich für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen eingesetzt haben. In einer Schweigeminute wurde der beiden Toten, einer Beschäftigten der Stadt München und ihrer zweijährigen Tochter, sowie der vielen Verletzten gedacht.

Die zweite Runde begann dann auch wie die erste geendet hatte: ohne konkretes Angebot der Arbeitgeber!

Die Arbeitgeber und der dbb haben sich zu Beginn des ersten Verhandlungstags zunächst auf Spezial- und Nischenthemen wie etwa Beschäftigte in den Sparkassen, Krankenhäuser und Hebammen oder duale praxisorientierte Studiengänge konzentriert. Für die Mitglieder der dbb Verhandlungskommission stellte sich das Verhalten der Arbeitgeber als Verzögerungstaktik und ein Spielen auf Zeit unter Einsatz von „Nebelkerzen“ dar.

Insbesondere die Verweigerung der Arbeitgeber, in das Thema Arbeitszeit beziehungsweise Urlaub überhaupt einzusteigen, zeigte deren Blockadehaltung.

Auch zu den berechtigten finanziellen Forderungen der Gewerkschaften wurde mit einem Gegenvorschlag der VKA mit einer „Nullrunde“ und 36 Monaten Laufzeit entgegnet.

Für die Mitglieder der dbb Gewerkschaften, also auch für die Mitglieder der vbb Gewerkschaft Bundesbeschäftigte bedeutet dies, deutlich mehr Präsenz auf der Straße zu zeigen. Erreicht wird dies nur durch die geplanten und bereits durchgeführten Warnstreiks in Bonn, Berlin und Flensburg sowie an vielen anderen Orten, an denen sich vbb Mitglieder beteiligen.

Dennoch blieb die Anzahl derjenigen Mitglieder, die sich für bessere und der Zeit angemessene Arbeitsbedingungen einsetzen, leider sehr überschaubar.

Die Bereitschaft, sich an Streiks zu beteiligen, spiegelt die von den Mitgliedern aufgestellten Forderungen an die Arbeitgeber jedenfalls derzeit in keinem Fall wider.

Wer viel fordert, muss die Forderungen auch auf die Straße bringen, denn Tarifverhandlungen sind jedenfalls immer auch Machtverhandlungen.

lh

Frauenthemen im Fokus

„Für ALLE Frauen und Mädchen: Rechte. Gleichheit. Ermächtigung.“

Insgesamt stagniert der Frauenanteil im Deutschen Bundestag und in den Länderparlamenten seit über zehn Jahren bei etwa einem Drittel. Dabei ist klar: Wir brauchen die Repräsentation aller für erfolgreiche Politik. Wir brauchen Frauen, Menschen aus verschiedenen sozialen Klassen, mit verschiedenen biografischen Hintergründen, Altersstrukturen und aus diversen Berufsgruppen in den Parlamenten – Politik sollte eigentlich mit gutem Vorbild vorangehen, denn von Gleichstellung profitieren alle.

Sie hat die Möglichkeit, sich an vielen Stellen dafür einzusetzen. Nicht nur in der Familienpolitik, auch in der Steuerpolitik, der Gesundheits- und Sozialpolitik mit Rente und Pflege. Immerhin: Durch die enge Zusammenarbeit von weiblichen Bundestagsabgeordneten und Gewerkschaftsvertreterinnen im richtigen Moment gelang noch vor den Neuwahlen die Verabschiedung des „Gewalthilfegesetzes“, das den Frauen einen Rechtsanspruch auf Beratung und Unterstützung nach Ausübung von Gewalt zubilligt und den Kommunen eine hohe Finanzausgabe zum Beispiel für die Schaffung von mehr Frauenhäusern beschert. Gleiches gilt für die neue gesetzliche Regelung zum Mutterschutz nach Fehlgeburt. So kann Frauenpolitik gelingen und das kann gerade am diesjährigen Weltfrauentag besonders von ihnen gefeiert werden.

UN Women

Insgesamt verdient aber auch bei uns das von der Organisation UN Women mitgeteilte Motto des diesjährigen Weltfrauentages „Für ALLE Frauen und Mädchen: Rechte. Gleichheit. Ermächtigung.“ Aufmerksamkeit und Beachtung.

Das diesjährige Thema rufe zu Maßnahmen auf, die gleiche Rechte, Macht und Chancen für

alle und eine Zukunft, in der niemand zurückgelassen werde, ermöglichen können, heißt es in einer Medienmitteilung der Organisation.

Im Mittelpunkt dieser Vision stehe die Befähigung der nächsten Generation – junger Menschen, insbesondere junger Frauen und heranwachsender Mädchen – als Katalysatoren für einen dauerhaften Wandel.

Das Jahr 2025 markiert für die UN zusätzlich den 30. Jahrestag der Erklärung und Aktionsplattform von Peking. Diese ist UN Women zufolge nach wie vor der fortschrittlichste und am meisten unterstützte Entwurf für die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit. Die Plattform dient als Richtschnur für Politiken, Programme und Investitionen, die sich auf entscheidende Bereiche des Lebens wie Bildung, Gesundheit, Frieden, politische Teilhabe, wirtschaftliches Empowerment und die Beseitigung von



Gewalt gegen Frauen und Mädchen auswirken.

Hingewiesen wird auf verschiedene Erfolge der Erklärung von Peking. So habe es zum Beispiel vor 1995 in nur zwölf Ländern gesetzliche Sanktionen gegen häusliche Gewalt gegeben, heute gebe es sie in 193 Ländern.

Der Einsatz für die Stärkung der Frauen und ihrer Rechte geht also weiter und der Weltfrauentag bietet auch hier in Deutschland immer wieder die Gelegenheit, diese Thematik weiter im Blick zu behalten.

Equal Pay Day

Die inzwischen allgemein bekannte Kampagne um den **Equal Pay Day** ist ebenfalls Teil einer langfristig angelegten Strategie, um Benachteiligungen von Frauen gegenüber Männern im beruflichen Alltag sichtbar zu machen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes betrug die durchschnittliche Lohnlücke zwischen Frauen und Männern, der sogenannte Gender Pay Gap, im Jahr 2023 18 Prozent, 2024 sank er erfreulicherweise auf 16 Prozent, sodass der symbolische Tag, ab dem Frauen im Vergleich mit den Männern bei Umrechnung des Prozentsatzes auf Arbeitstage nicht mehr umsonst arbeiten, der Equal Pay Day, im nächsten Jahr schon am 27. Februar stattfinden kann, in diesem Jahr findet er noch am 7. März statt.

Die diesjährigen am Equal Pay Day durchgeführten Aktionen machen besonders auf die im Juni 2023 in Kraft getretene EU-Entgelttransparenzrichtlinie (2023/970) aufmerksam, die bis 7. Juni 2026 in deutsches Recht umgesetzt sein muss. Mit der dann für die Arbeitgeber verpflichtenden Entgelttransparenz und transparent gestalteten Lohnstrukturen können – so ist das Ziel – bestehende Ungleichheiten aufgedeckt und wirksamer als bisher bekämpft werden.

Die Kampagne Equal Care des gleichnamigen Bundesverbandes hat in diesem Jahr zehnjähriges Bestehen. In bundesweit allgemein zugänglichen Workshops und Gesprächsrunden wird über Möglichkeiten und Maßnahmen debattiert, wie die zwischen Männern und Frauen vielfach ungleiche Verteilung der Sorgearbeit in Haushalt und Familie fair und gleichwertig verteilt werden kann. Ein weiteres Element, um in Bezug auf die faktische Gleichberechtigung von Männern und Frauen Fortschritte zu erzielen.

adm



Kommentierte Pressestimmen

Die zweite Verhandlungsrunde zur Einkommensrunde 2025 für die Beschäftigten von Bund und Kommunen am 17./18. Februar 2025 endete ohne entscheidende Annäherung. Die Arbeitgeberseite blockiert weiter und lehnt die Forderungen der Beschäftigten als zu hoch ab. Die verdiente Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten bleibt aus. (dbb, in seinen Warnstreikaufrufen)

■ Warnstreiks überall im öffentlichen Dienst – Bund und Kommunen in den Tarifverhandlungen

Der dbb und ver.di verhandeln mit dem Bund und den Kommunen über Einkommen und Arbeitszeit von mehr als 2,5 Millionen Beschäftigten. Diese arbeiten nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in Kitas, an Schulen und Universitäten, im Nahverkehr, bei den Abfallbetrieben oder an Flughäfen. Auch Feuerwehrleute und Bundespolizisten gehören dazu.

Die Gewerkschaften wollen ein Lohnplus von 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro monatlich, durchsetzen. In besonders belastenden Jobs wie im Gesundheitsbereich soll es höhere Zuschläge geben. Außerdem wollen die Gewerkschaften drei zusätzliche freie Tage aushandeln, für Gewerkschaftsmitglieder sogar vier. Das alles soll auf flexiblen Arbeitszeitkonten verwaltet werden, so-

dass man selbst entscheiden kann, ob man sich Überstunden auszahlen lassen oder sie ansammeln will.

dpa – Deutsche Presse Agentur, 18. Februar 2025

Der dbb und ver.di wollen die Einrichtung eines „Mehr-Zeit-für-mich-Kontos“ durchsetzen. Beschäftigte sollen am Ende eines bestimmten Zeitraums entscheiden, ob zusätzlich geleistete Arbeitszeit mit Überstundenzuschlägen ausgezahlt oder auf das neue Zeitkonto gebucht werden. Der dbb Vizechef Volker Geyer sagte: „In jeder Einkommensrunde liegt eine Chance, den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen.“ Geyer weiter: „Bei der Arbeitszeitsouveränität hinken wir der Wirtschaft meilenweit hinterher.“

Die Ausbildungsvergütungen und Entgelte für Praktika sollen um 200 Euro monatlich steigen. Für die Beamtinnen und Beamten des Bundes drängt der dbb auf Änderungen der Besoldung und eine

Rückführung der Wochenarbeitszeit von 41 auf 39 Stunden sowie auf den Neuabschluss eines Tarifvertrags zur Altersteilzeit mit bevorzugtem Zugang für Beschäftigte in besonders belastenden Berufen.

Wirtschaftswoche, 11. Februar 2025

■ Warum stocken die Verhandlungen?

Die Gewerkschaften hatten ihre Forderungen im Oktober in ihren Gremien beschlossen. Bundesinnenministerin Faeser sagte damals, die Forderungen der Gewerkschaften seien sehr hoch. „Die Haushaltslage ist und bleibt angespannt, insbesondere auch in den Kommunen.“

Wirtschaftswoche, 11. Februar 2025

Die Arbeitgeber haben in den bisher zwei Verhandlungsrunden kein Angebot vorgelegt.

Die Verhandlungsführerin der Kommunen, die Gelsenkirchener Oberbürgermeisterin Karin Welge (SPD), verteidigte das. Man sei schlicht noch nicht so weit, eine verbindliche Rechnung für beide Seiten vorzulegen, „weil die Höhe der einzelnen Forderungen zum Teil noch gar nicht bezifferbar ist.“ Innenministerin Nancy Faeser (SPD), die für den Bund verhandelt, betonte: „Die Gewerkschaften haben hohe Forderungen – und

gleichzeitig müssen wir das Gemeinwohl, die knappen Kassen und die Interessen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Blick haben.“

dpa, 18. Februar 2025

Die Gewerkschaften werteten das fehlende Angebot als Ausdruck mangelnden Respekts: „Viele der Kolleginnen und Kollegen arbeiten an der Belastungsgrenze und darüber hinaus und darauf verweigern die öffentlichen Arbeitgeber komplett jede Lösung und jede Antwort“, beklagte Werneke. Geyer betonte, schließlich seien die Beschäftigten nicht verantwortlich für die Misere der öffentlichen Haushalte. „Und wir werden auch nicht zulassen, dass sie die Zeche zahlen müssen.“

dpa, 18. Februar 2025

Dass Proteste der Beschäftigten Wirkung zeigen, wurde bei den letzten Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen deutlich. Im April 2023 hatte es einen Rekordabschluss im öffentlichen Dienst gegeben. Dem gingen besonders zähe Gespräche voraus – begleitet von vielen Streikaktionen. Erst nach einem Schlichtungsverfahren konnten sich die verhandelnden Parteien in der vierten Tarifrunde auf einen Kompromiss einigen. Laut ver.di sind von den aktuellen Verhandlungen mehr als 2,5 Millionen Personen direkt oder indirekt be-



troffen. Das BMI spricht von 2,6 Millionen Beschäftigten bei den kommunalen Arbeitgebern und 132 000 Tarifbeschäftigten des Bundes.

Behörden Spiegel,
10. Februar 2025

► Wie geht es jetzt weiter?

Eine dritte Tarifrunde ist für 14. bis 16. März in Potsdam vereinbart. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zeigte sich „zuversichtlich, eine Einigung in der dritten Verhandlungsrunde zu erreichen“.

Sie erklärte: „Wir wollen angemessene und faire Lösungen für den Bund und die Kommunen ebenso wie für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst finden.“ Das sei „eine Frage des Respekts davor, was die 2,6 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von

Bund und Kommunen tagtäglich für uns alle in Deutschland leisten“.

Behörden Spiegel,
10. Februar 2025

dbb Verhandlungsführer Geyer betonte: „In den nächsten drei Wochen werden wir [...] überall im Land Warnstreiks und Protestaktionen organisieren. Anders kriegen wir die Arbeitgebenden offensichtlich nicht aus ihrer Blockadehaltung.“

Handelsblatt, 18. Februar 2025

► Exkurs: der durchschnittliche Neupensionär ist 63 Jahre und neun Monate alt

Die Regelaltersgrenze steigt derzeit schrittweise von 65 auf 67. 2023 lag sie für alle vor 1959 Geborenen bei 66 Jahren. 79 Prozent der Neupensionärinnen und Neupensionäre

schieden dagegen früher aus dem aktiven Dienst aus – und das meist deutlich eher, im Durchschnitt mit 63 Jahren und neun Monaten. Zum Vergleich: Von den gesetzlich Versicherten ging 2023 etwas mehr als die Hälfte der insgesamt 953 000 neuen Ruheständler früher in Rente als vorgesehen. Das Durchschnittsalter bei Rentenstart lag bei ihnen bei 64,4 Jahren.

„Einige Berufsgruppen – beispielsweise Polizisten oder Feuerwehrleute – haben ein früheres Pensionsalter“, erklärt Martin Werding, Prof. für öffentliche Finanzen in Bochum und Mitglied des Sachverständigenrats für Wirtschaft. Gewerkschaftsvertreter argumentieren, diese Berufe seien körperlich und seelisch sehr belastend, besondere Altersgrenzen daher gerechtfertigt.

„Es ist allerdings fraglich, ob sie mit 60 oder sogar noch früher wirklich alle nicht mehr dienstfähig sind“, sagte Werding.

Fast ein Fünftel der 2023 Neupensionierten wurde zudem wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt, mit durchschnittlich nur 56 Jahren und drei Monaten. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbunds (dbb), Ulrich Silberbach, warnt regelmäßig vor Fachkräftemangel, dem Überstundenberg der Bundesbeamten und einer Überlastung der Bediensteten, weil es immer mehr Gesetze und Verordnungen zu kennen und beachten gilt. All dies führe zu gesundheitlichen Problemen, wegen derer wiederum viele Beamtinnen und Beamte früher in Pension gingen.

Wirtschaftswoche,
21. Februar 2025

bh



> Josef Oster, Marcel Emmerich, Claudia Goeke, Konstantin Kuhle und Dirk Wiese (von links) diskutierten angeregt mit unseren Gästen.

Neujahrsempfang

„Das Bashing gegen Bundesbehörden macht mir Sorgen“

Unter dem Motto „Bundesverwaltung im Wahljahr – was fordern Parteien, was die Beschäftigten?“ fand am 28. Januar 2025 der traditionelle Neujahrsempfang des vbob statt.

In ihrer Eröffnungsrede sprach die stellvertretende Bundesvorsitzende Claudia Goeke unter anderem von der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in der Breite, aber

auch den steigenden Anforderungen in der unmittelbaren Kommunikation mit zunehmend an der Bürokratie zweifelnden Bürgerinnen und Bürgern. Sie betonte, dass die

notwendige Veränderung auch mit einer steigenden Attraktivität für die Beschäftigung in der Bundesverwaltung verknüpft sein müsse.

In der nachfolgenden Podiumsdiskussion diskutierten die Bundestagsabgeordneten Dirk Wiese (stellv. Fraktionsvorsitzender SPD), Konstantin Kuhle (stellv. Fraktionsvorsitzender FDP), Marcel Emmerich (Ob-

mann Innenausschuss Bündnis 90/Die Grünen) und Josef Oster (Obmann Innenausschuss CDU/CSU) untereinander und mit dem Publikum über die Anforderungen an eine moderne Gesetzgebung und Verwaltung in einer sich rasant verändernden Welt und welche Chancen für die Beschäftigten – insbesondere in der Bundesverwaltung – sich damit verbinden.

cg

Nachruf

Manfred Stückrath, Ministerialrat a.D.

Am 17. Januar 2025 musste der Bundesvorstand der vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte Abschied von seinem langjährigen Mitglied Manfred Stückrath nehmen, der im Alter von 86 Jahren verstorben ist.

Manfred Stückrath führte neben seiner beruflichen Aufgabe als Leiter des Inneren Dienstes im Bundesministerium der Justiz die Fachgruppe des vbob mehrere Jahre als Vorsitzender und legte damit den Grundstein für die Arbeit

des vbob im Bundesministerium der Justiz. Auch nach seiner Pensionierung blieb er dem vbob weiter eng verbunden und wurde 2002 auf dem Bundesvertretertag des vbob zum Vertreter der vbob Ruhestandsbeamten und Rent-

ner gewählt. Bis 2010 führte er dieses Amt mit hohem Engagement, Freundlichkeit und fachlicher Kompetenz aus.

2011 wurde ihm für sein gesellschaftliches Schaffen das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Sein Tod erfüllt uns mit Trauer. Unser Mitgefühl gehört seiner Familie.



Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Der Bundesvorstand